

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jäger.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklame-
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 187.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 13. August 1919.

Jahrgang 1.

Es haben dir die Hoffärtigen noch nie gefallen; aber
allezeit hat dir gefallen der Elenden und Demütigen Gebet.
Jubith 9, 13.

Des Weltkriegs erster Teil.

Von Dr. W. Lessing.

Der Friede ist ratifiziert. Der größte Kampf der
Waffen, den die Welt je gesehen hatte, der zugleich ein
kläglichster Krieg des Geistes war, ist zu Ende. Der große
Kampf der Geister, nicht des Geistes, tritt an seine Stelle.
Weltfriede folgt dem Weltkriege. Der härteste Friedens-
vertrag, den man sich überhaupt ausdenken konnte, tritt in
Kraft. Das „vae victoribus“ ist ein schwacher Trost, unser
Schicksal ist besiegelt. Wir werden leidende Zuschauer im
Theater der Weltpolitik. Seien wir aufmerksam!

Der Friedensvertrag zerstört, ohne die Kraft zum Auf-
bau zu haben. In allem Negativen, allem Vernichtenden
für Deutschland ist er glänzend durchdrungen. In allem Posi-
tiven, überall da, wo Neues geschaffen werden soll, wo vom
Völkerbund, wo von neuen Staatsbildungen die Rede ist,
ist er ein trauriges Stümpferwerk. Kein Problem ist gelöst.
Der Völkerbund ist eine Farce, wie das Haager Schieds-
gericht. Das Ost- und das Balkanproblem sind proble-
matischer denn je. Was aus Rußland werden soll, ist voll-
kommen ungewiß, eine schlechte Nachahmung unserer Rand-
staatenpolitik durch die Entente gibt zu ernstesten Besorg-
nissen Anlaß. Polen steht auf schwachen Füßen. Die
Tscheko-Slowakei ist ein unnatürliches Gebilde. Rumänien
steht sich in seinen überspannten Erwartungen getäuscht und
steht vor inneren Schwierigkeiten. Die alten und ältesten
Gegensätze auf dem Balkan werden wach. Das vergessene
Mazedonien regt sich. Vor allem aber hat es die Kunst der
Ententeweisen zuwege gebracht, den Gegensatz zwischen
Islam und Christentum, der jahrhundertlang schlief, zu
wecken. Ganz in der Ferne aber tauchen neue Rassen-
probleme auf, die leichtsinnig in diesem Kriege geschaffen
wurden, in dem Schwarze und Gelbe gegen Weiße kämpfen
durften.

Wer ist aber der Sieger? Italien fühlt sich betrogen,
seine diplomatischen Mißerfolge erhöhen seine inneren
Schwierigkeiten. Selbst Frankreichs Freude ist nicht rein;
aus allen seinen Taten und Worten spricht die Angst vor
der Zukunft. Es hat für seine Idee gestimmt und sich für
Englands Sache verbündet. Die tatsächlichen Sieger sind die
anglo-amerikanisch-kapitalistische Interessengemeinschaft und
Japan.

Wie sind aber die Beziehungen der Siegertruppen unter-
einander? Bisher wurde ängstlich alles verschwiegen, was
auf Interessengegensätze hinweisen konnte. Während des
Krieges hatten die Sieger ein gemeinsames Ziel — den
Krieg zu gewinnen. Hierbei war die Vernichtung Deutsch-
lands nur für Englands Selbstzweck, für Amerika und Japan
Mittel zum Zweck. Amerika und Japan haben sich Land-
und Seegeltung verschafft. England aber steht im Zeit-
seiner Macht. Seine Hegemonie in Europa ist gefährdet, sein
Kolonialbesitz mehr als von Tag zu Tag; nicht nur im
Schwarzen Erdteil, nicht nur in Kleinasien, sondern auch in
Europa. Ostland, Livland und der Kaukasus sind im Be-
griff, unter dem Deckmantel selbständiger Republiken eng-
lische Kolonien zu werden.

Hier zeigte sich nun der erste, tiefere Wider-
spruch in den Interessen der Sieger. Eng-
land hat in Europa nach der Zerschmetterung Deutsch-
lands in erster Linie politische Interessen und in
zweiter Linie erst wirtschaftliche, und auch diese sind in der
Hauptfrage negativ, denn sie wollen die wirtschaftliche Ab-
hängigkeit des europäischen Kontinents, nicht seinen
wirtschaftlichen Aufschwung. Amerika hat nur wirt-
schaftliche Interessen und diese beruhen auf kauf-
männischer Basis, d. h. auf dem Grundgesetz der Kreditfähig-
keit des Abnehmers, die wiederum dessen Wohlergehen zur
Voraussetzung hat. Das Gentlemen agreement, das die
englisch-amerikanische Weltwirtschaft stabilisieren sollte, be-
ginnt seine Schattenseiten zu zeigen. Der Gegensatz zu
Deutschland und der Gegensatz zu Japan hat es geschaffen.
Der Gegensatz zu Rußland lag ihm fern und war nur eine
englische Reservatio mentalis. England hat an der Fort-
leitung der Vertiefung unserer Randstaatenpolitik und an

der Abspernung Rußland gegen Südosten nach Persien und
Afghanistan ein zu lebhaftes Interesse. Amerika aber hat
dieses Interesse nicht, und muß in einem starken Rußland
das beste Gegengewicht gegen Japan sehen. Beide, England
und Amerika, haben nun wiederum gegen russische Aspi-
rationen im fernen Osten, die Rußland in einen Gegensatz
zu Japan bringen würden, nichts einzuwenden. Im Gegen-
teil, ein neuer russisch-japanischer Krieg wäre ihr Ideal.
Eine selbständige Politik im fernen Osten kann nur ein
zukünftiges Rußland treiben, das wirtschaftlich unabhängig
ist. Ohne Baku, Turkestan und die Ostseehäfen ist ein wirt-
schaftlich unabhängiges Rußland undenkbar. Hier liegt ein
Widerspruch, dessen sich Japan freut. Muß doch ein Ruß-
land, dessen freier Ausgang zum Meer von England kontrol-
liert wird, dessen Petroleumquellen in englischer Hand sind,
eine Anlehnung im fernen Osten suchen, um nicht noch seine
fibrischen Reichtümer zu verlieren und um freie Hand zur
Wiedererlangung seines alten Besitzes zu haben.

Wir wollen vor der Hand von weiteren Kombinationen
absehen. Wir müssen uns aber klar darüber werden, daß
dieser Friedensvertrag, der uns keinen Frieden gebracht
hat, und der Welt den Weltunfrieden beschert, auch nur
des Weltkriegs ersten Teil beendet hat. „D. Allg. Ztg.“

Terrorismus.

Von jeher hat die Sozialdemokratie zur Erreichung
ihrer Ziele das Mittel der Anbelung gegenüber der über-
zeugung Andersdenkender angewendet. Im politischen und
im wirtschaftlichen Leben fanden diese terroristischen Be-
strebungen und Maßnahmen ihre schärfste Auswirkung.
Wie haben die nichtsozialdemokratischen Arbeiter schon vor
dem Kriege unter diesem Joch gekämpft. Nun aber nach
dem unglücklichen Ausgang des Weltkriege die Revo-
lution über unser Vaterland dahingebrochen, kennt die An-
mahnung und Brutalität der Sozialdemokratie keine
Grenzen. Auf allen Gebieten spielt sie sich in unerträglicher
Weise als die allein zur Leitung Berufene auf; sie will
nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche
Leben entscheidend beeinflussen. Wer sich ihr bei dieser Ge-
waltspolitik entgegenstellt, bekommt den ganzen Haß der
„Freiheitskämpfer“ zu spüren. Davon können diejenigen
Arbeiter Zeugnis ablegen, die den Mut haben, gegen den
sozialdemokratischen Stachel zu lösen. Mit glühendem
Fanatismus bekämpft man die christliche Arbeiterschaft.
Es gehört heute wirklich eine Menge Mut dazu, sich auf
dem Arbeitsplatz als christlicher Arbeiter zu bekennen.

Die Hege gegen die Angehörigen der christlich-natio-
nalen Arbeiterschaft nimmt immer tollere Formen an.
Unter Androhung von Gewaltmitteln erzwingt man den
Austritt aus den christlichen Berufsverbänden. In der
Remscheid der Gegenwart haben die Genossen die Terrorisierung
der christlichen Arbeiter derart betrieben, daß der dortige
Arbeitgeberverband in einer öffentlichen Erklärung dieser
Vergewaltigung entgegenzutreten mußte. Es ist für die Ar-
beiterschaft tief beschämend, daß Arbeitgeberverbände der
Selbstverpflichtung innerhalb des arbeitenden Volkes ent-
gegentreten müssen. Bei der Firma Pellerhaus in
Wermelskirchen traten die Mitglieder des sozialdemokrati-
schen Metallarbeiterverbandes in den Streik, weil ein christ-
lich organisierter Kollege sich weigerte, in den roten Ver-
band überzutreten. In den beiden größten Düsseldorf-
Brotfabriken — in denen nur christlich organisierte Bäcker
arbeiten — erschienen die Führer des sozialdemokratischen
Bäckerverbandes und forderten den Abtritt sämtlicher
christlichen Bäcker zur roten Gewerkschaft; wenn die Um-
schreibung bis abends 9 Uhr nicht erfolge, würden sie am
anderen Morgen durch Bewaffnete aus den Betrieben ent-
fernt und an ihre Stelle Arbeitslose gesetzt. Der Direktion
der Bochumer Straßenbahn wurde von ihren sozialdemo-
kratischen Straßenbahnern die Forderung gestellt, alle An-
gestellten, die nicht dem roten Verband angehörten, zu ent-
lassen. Unter dem Druck der Verhältnisse stimmte die
Direktion diesem Verlangen zu.

Diese behauerlichen Vorkommnisse, die beweisen, daß
die Sozialdemokratie nicht davor zurückschreckt, Anders-
denkende existenz- und brotlos zu machen, lassen sich ver-
taufendfachen; es sei nur noch ein typischer Fall aus einem
Gemeindebetrieb angeführt. In einer Betriebsversammlung

lung der städtischen Gasanstalt in Berlin-Tegel wurden
mit überwältigender Mehrheit folgende Beschlüsse gefaßt:
1. Jeder Arbeiter hat jeden Monat das Mitgliedsbuch
seiner Gewerkschaft vorzulegen. 2. Jeder Arbeiter hat jeden
Monat die Mitgliedskarte seiner politischen Partei vorzu-
zeigen. 3. Jeder Arbeiter hat nachzuweisen, welche politische
Zeitung in seiner Familie gelesen wird. Es ist dabei
ausgesprochen worden, daß diese Kontrolle dazu beitragen
soll, alle nicht der Sozialdemokratie angehörenden Arbeiter
aus dem Betriebe herauszubringen.

In letzter Zeit scheinen in besonderer Weise auch die
Betriebsräte sich an diesem Kesseltreiben beteiligt zu
haben. Das ist so weit gegangen, daß sich Reichskommissar
Severing veranlaßt sah, in einem sehr scharf gehaltenen
Rundschreiben dagegen anzugehen. Er weist darauf hin,
daß es nicht die Aufgabe der Betriebsräte sei, die politische
Gesinnung und Zugehörigkeit der Arbeiter zu kontrollieren
und bezeichnet dieses Vorgehen als ein dem Geist der neuen,
freiheitlichen Zeit widersprechendes.

Diese Rundgebung Severings war aber doch wohl nicht
nach dem Geschmack der offiziellen Sozialdemokratie.
Jedenfalls konnte man beobachten, daß in der sozialdemo-
kratischen Presse nur ganz kurze Auszüge derselben in mög-
lichst verkürzter Form oder überhaupt nichts davon ge-
bracht wurde.

Wie es scheint, sollen unserem Volke auch in Zukunft
diese inneren Kämpfe nicht erspart bleiben.

Diese unser gesamtes Volksleben vergiftenden Un-
geheuerlichkeiten gaben dem deutschnationalen Abgeord-
neten Martin Veranlassung, in der Preussischen Landes-
versammlung am 20. März 1919 folgenden Antrag einzu-
bringen:

„Die verfassungsgebende Preussische Landesversamm-
lung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen,
dafür Sorge zu tragen, daß die Koalitionsfreiheit der
Arbeiter und Arbeiterinnen vor terroristischen Ein-
griffen sichergestellt wird.“

Der Antrag wurde vom Plenum dem Ausschuss für
Handel und Gewerbe zur Beratung überwiesen. In diesem
Ausschuss wurde über diesen Antrag und in Verbindung
damit über einen Antrag Friedberg vom 24. März 1919,
der die Staatsregierung ersucht, die Beamten und Arbeiter
der Staatsbetriebe hinsichtlich der Koalitionsfreiheit gegen-
über gewalttätigen Eingriffen zu schützen, eingehend be-
raten. Mit Mehrheit wurde die Verechtigung der Anträge
anerkannt und beschlossen, der Landesversammlung
folgende Fassung zur Annahme vorzulegen:

„Die Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu
tragen, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Ar-
beiterinnen, insbesondere der Beamten und Arbeiter der
preussischen Staatsbetriebe vor unberechtigten Eingriffen
sicher gestellt wird.“

Die Plenaritzung am 9. Juli hatte über den Antrag zu
entscheiden. Geschlossen dafür stimmten: die Deutsch-natio-
nale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum
und die Demokratische Partei. Die Mehrheitssozialisten
und die Unabhängigen lehnten einmütig ab. Darob all-
gemeines Aha! und lebhafter Entrüstung bei den bürger-
lichen Parteien. Mit der Ablehnung dieses Antrages hat
sich die Sozialdemokratie beider Richtungen selber entlarvt;
sie haben zum Ausdruck gebracht, daß ihnen die Koalitions-
freiheit zuwider ist, und sie sich nach wie vor zum Terror,
als einer geeigneten Waffe im Kampfe gegen Anders-
denkende, bekennen. Durch die Abstimmung vom 9. Juli
1919 haben sich auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften
selber gerichtet; denn namhafte Führer der roten Berufs-
verbände sind bei der Ablehnung beteiligt gewesen. Daß
die Sozialdemokratie die Freiheit immer zum Deckmantel
all ihrer Bosheiten benutzte, haben halbwegs vernünftige
Menschen immer gewußt; am 9. Juli aber hat sie die Frei-
heit verhöhnt und ihr ins Angesicht geschlagen. Diese Tat-
sache muß sich die noch recht denkende deutsche Arbeiterschaft
merken.

Die Lage der Landwirtschaft.

Eine amtliche Beurteilung.

Die deutsche Landwirtschaft hat nach wie vor un-
ter den Nachwirkungen des Krieges und der Revolu-

tion zu leiden, so daß ihre Lage als eine durchaus schwierige zu bezeichnen ist. Das zeigt sich ganz besonders auf dem Gebiete der Landwirtschaft, die infolge des seit Jahren bestehenden und seit der Revolution durch mangelhafte Rohstoffförderung, durch Arbeiterstreiks und Transportbehinderungen hervorgerufenen Mangel an Düngemitteln in ihren Erträgen an sämtlichen Fruchtarten, insbesondere an Getreide, mehr und mehr zurückgeht. Die Folge hiervon, eine immer mehr zunehmende Gefährdung der Volksernährung mit inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, liegt auf der Hand.

Die diesjährige Ernte verspricht trotz des gekennzeichneten Mangels dank dem in der ersten Hälfte des Juli in weiten Gebieten Deutschlands endlich niedergegangenen reichlichen Regens für viele Gegenden eine bessere zu werden, als es sich zu Anfang des Monats Juli erwarten ließ. Es wäre aber völlig unberechtigt, etwa die Hoffnung an diese erfreuliche Tatsache zu knüpfen, als könnte Deutschland eine sehr erhebliche Einfuhr an ausländischen Lebensmitteln entbehren, ganz abgesehen davon, daß die Ernte der wichtigsten Frucht, des Brottorns, erst eben begonnen hat und ein abschließendes Urteil daher noch nicht möglich ist. Es ist ferner nicht zu vergessen, daß die Ernte außer von der Witterung in hohem Grade auch von der Frage, inwieweit genügende Arbeitskräfte zur Zeit der Ernte vorhanden sind sowie von der Arbeitswilligkeit derselben, da auch mit Landwirtschaft zu rechnen ist, beeinflusst wird. Während die Kartoffeln unter der Voraussetzung, daß deren weitere Bearbeitung und Ernte keine Störungen erfahren, gute Erträge erwarten lassen, trifft das für die im allgemeinen verspätet besetzten und wegen Arbeitermangels schlecht bearbeiteten, daher auch verunreinigten Getreidefelder nicht zu. Freie in diesem Jahre wegen des Fehlens an künstlichen Düngemitteln, vor allem an Stickstoff, und an gelehrten Arbeitern, Schnittreife, an und für sich verringerte Anbaufläche hat durch Unpflügen ganzer Schläge eine weitere Einbuße erfahren. Es steht demnach unter Berücksichtigung des Ausfalles der in den nach dem Friedensvertrage abzutretenden Gebieten, besonders in Polen, im ausgedehnten Maße angelauten Hungergefahr zu befürchten, daß Deutschland kaum den eigenen Bedarf an Getreide decken, geschweige denn Exporte ausführen können.

Der erste Schnitt des Mähfutters ist geboren, hat aber, besonders was die Menge anbelangt, nur teilweise befriedigt. Es ist daher ganz besonders zu wünschen, daß der zweite Schnitt recht reichlich ausfällt, weil andernfalls die Durchfütterung selbst der stark reduzierten Viehbestände noch mehr erschwert werden würde. Die bisher vorliegenden Berichte lassen auf eine befriedigende Getreidernte schließen.

Besonders schlimm sieht es bezüglich der Viehhaltung aus. Die Bestände sind durch die jahrelangen und noch immer aufrechterhaltenen Abgabeverpflichtungen derart zusammengeschumpft, daß einmal weitere Eingriffe in die heimischen Viehbestände den völligen Zusammenbruch der deutschen Viehhaltung zur Folge haben müssen, und daß andererseits eine leidlich geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, und ferner auch in den bescheidensten Mengen als ausgeglichene Erscheinung muß. Deutschland wird, um wenigstens den Rest seiner Viehbestände zu schonen, um die Vieh-, besonders die Schweinehaltung wieder hoch zu bringen, auch noch auf Jahre hinaus auf die Einfuhr ausländischen Viehes und ausländischen Fleisches, von Fett, Butter und Käse angewiesen sein. Neben der Schonung und Vermehrung der heimischen Viehbestände hat vor allem eine reichliche Einfuhr von ausländischen, aber auch die Freigabe der im Inlande erzeugten Futtermittel, wozu Wiederaufbau der deutschen Viehhaltung zu erfolgen. Deutschland war seit jeher auf die Einfuhr bedeutender Mengen an Futtermitteln, Getreide, Getreidemehl, aus dem Auslande, besonders aus Rußland angewiesen.

Futtermittel und künstliche Düngemittel, Chilisalze, Superphosphat, Thomasmehl und Knochenphosphat werden, solange nicht die inländische Erzeugung an diesen für die Landwirtschaft unentbehrlichen Dingen ganz bedeutend gesteigert wird, zunächst in großen Mengen aus dem Auslande bezogen werden müssen. Andererseits wird sich die Einfuhr aus Rücksicht auf die ungünstige deutsche Valuta und der sich daraus ergebenden Zahlungsschwierigkeiten natürlich nur in sehr engen Grenzen bewegen können.

Trotz der auf Grund der letzten am 2. Juni d. J. vorgenommenen Viehzählung festgestellten zahlenmäßigen Vermehrung der deutschen Viehbestände fällt die von der Entente geforderte Abgabe an

Vieh und Pferden für die um ihr Dasein kämpfende deutsche Landwirtschaft sehr schwer ins Gewicht, denn mit der zahlenmäßigen Vermehrung hat nicht der für die Schlachtviehlieferung Ausschlag gebende Gewichtszuwachs Schritt gehalten.

Uebrigens: die Arbeiterverhältnisse läßt sich sagen, daß sie namentlich in Anbetracht der begonnenen Ernte im allgemeinen nicht günstige sind. Die vielfachen Versuche, städtische Erwerbslose und Industriearbeiter in der Landwirtschaft zu beschäftigen, sind leider vielfach als mißglückt zu betrachten. Unkenntnis mit den ländlichen Verhältnissen und landwirtschaftlichen Arbeiten, Arbeitsunlust, Kontraktbrüche und Verbeugung sind als die Ursachen für das Mißlingen dieser immerhin anerkennenswerten Versuche zu bezeichnen. Schwere Schäden haben die bereits stattgefundenen Landarbeiterstreiks verursacht und noch weit schlimmere drohen der deutschen Landwirtschaft und damit auch der Volksernährung, sollten die für die Zeit der Ernte in ganz Deutschland befürchteten Streiks zur Tatsache werden.

Die Aufgaben der Betriebsräte.

Vollständige Umgestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen.

In dem oben veröffentlichten Entwurf eines Betriebsrätegesetzes ist der erste Schritt in der Verwirklichung des in der Verfassung verankerten Miteigentums getan. Ueber den weiteren Ausbau des Miteigentums durch die Betriebsräte und die Reichsarbeiterrat sowie Bezirksarbeitsräte und Reichsarbeitsrat werden der Nationalversammlung noch besondere Gesetzentwürfe zugehen.

Die Betriebsräte stellen die unterste Stufe des Systems dar, ihre Aufgaben liegen teils auf sozialem, teils auf wirtschaftlichem Gebiete. Soweit es sich um erstere, in der Hauptsache um Arbeiterfragen handelt, gewährt der Entwurf dem im Betriebsrat vertretenen Arbeitnehmer das volle Mitbestimmungsrecht. Anders sieht es mit den auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und technischen Leitung stehenden Aufgaben. Hier gewährt der Entwurf den Arbeitnehmern nur ein Recht der Kontrolle und Einsichtnahme.

Das künftige Betriebsrätegesetz beseitigt die alten Arbeiter- und Angestelltenvereine, an ihre Stelle treten für alle Betriebe des öffentlichen und privaten Rechts, sofern sie nur regelmäßig mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte, für Betriebe von 5 bis 20 Arbeitnehmern Komitees. Handel und Industrie, Landwirtschaft und freie Berufe werden gleichmäßig den Vorschriften des Gesetzes unterstellt. Der Arbeitnehmer, der zu den Betriebsräten wählt, und durch sie vertreten wird, umfaßt ausnahmslos alle Arbeiter und Angestellten und schließt allein die Beamten des öffentlichen Rechts aus. Auch die leitenden Angestellten, soweit sie nicht, wie z. B. der selbständige Filialleiter eines Warenhauses oder der angestellte Direktor eines industriellen Unternehmens, selbständige Geschäftsführer und Betriebsleiter, insbesondere Vorgesetzte aller im Betriebe Beschäftigten sind.

Das aktive Wahlalter beträgt 18 Jahre — bei den bisherigen Ausschüssen war es 20 Jahre —, die Wahlbarkeit erfordert ein Alter von 20 Jahren, eine Betriebszugehörigkeit von 6 Monaten und eine Gewerbezugehörigkeit von 3 Jahren. Die Wahlperiode ist auf ein Jahr festgesetzt.

Das sind in kurzen Zügen die organisatorischen Bestimmungen. Viel größere Bedeutung kommt dem zweiten Abschnitt des Gesetzes zu, der von der Aufgabe der Betriebsräte

handelt. Der Aufgabenkreis der Betriebsräte zerfällt, wie bereits oben angedeutet, in zwei Gruppen: einerseits die Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) des Betriebes, andererseits die Einflussnahme auf Betriebsleitung und Betriebsleistung.

Die Aufgaben der Betriebsräte auf dem Gebiete der Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter sind folgende, die unmittelbar die Arbeitsbedingungen betreffen, nämlich:

1. die Überwachung der zur Durchführung der zugunsten der Arbeitnehmer gegebenen gesetzlichen Vorschriften, Tarifverträge und anerkannten Schiedssprüche,
2. die Mitwirkung bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnissen, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, wobei als Sonderfall einerseits die Festsetzung der Arbeits- und die Einführung neuer Lohnzahlungsmethoden genannt werden.

3. das Recht, mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung zu vereinbaren, die, soweit sie durch die Gewerbeordnung vorgegeben war, bisher einseitig vom Arbeitgeber erlassen wurde. Eine zweite Gruppe von Aufgaben will eine Vertretung von Arbeitsstreitigkeiten oder doch ihre Leitung in geordnete Bahnen herbeiführen. Zu diesem Zwecke sollen die Betriebsräte

4. das Einvernehmen innerhalb der Betriebsebene herbeiführen und dem Arbeitgeber fördern und für Wahrung der Koalitionsfreiheit eintreten,

5. bei Arbeitsstreitigkeiten, wenn keine Einigung mit dem Arbeitgeber erzielt wird, den Schlichtungsausschuss oder eine vereinbarte Einigungs- oder Schiedsstelle anrufen, und

6. in Fällen drohender Arbeitseinstellung für eine in geheimer Abstimmung vorzunehmende Beschäftigung sorgen, für die — vorbehaltlich abweichender gewerkschaftlicher Regelung — eine Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben wird.

Eine letzte Untergruppe bilden die Aufgaben der Mitbestimmung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe und der Mitwirkung an der Verwaltung von Wohlfahrtsanstalten.

Die Ausübung des Mitbestimmungsrechts ist in dem Entwurf so gedacht, daß der Arbeitgeber von jeder Einstellung und Kündigung dem Betriebsrat Kenntnis zu geben und dieser, wenn er wichtige berechtigende Interessen des Betriebes oder der Arbeitsebene des Betriebes verletzt glaubt, von gewissen wichtigen Ausnahmefällen abgesehen, ein Einspruchsrecht hat. Kommt es nicht zur Einigung mit dem Arbeitgeber, so kann er den Schlichtungsausschuss anrufen, ohne daß die Anrufung aufschiebende Wirkung hat. Der Schlichtungsausschuss entscheidet endgültig und bindend.

Der Gesetzentwurf bezieht, wie es in der beigefügten Begründung heißt, vor allem den guten Willen und die Kenntnisse der Arbeitnehmerschaft für das Gedeihen des Betriebes nutzbar zu machen und durch die Vertretung größerer Rechte am Betrieb auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl für den Betrieb zu wecken und zu stärken.

Ganz von diesem Zwecke beherrscht sind die in der Aufzählung folgenden Aufgaben der zweiten Gruppe, welche die Förderung der Betriebsleistung zum Ziele haben. Zu ihrer Durchführung wird den Betriebsräten das wichtige Recht gegeben, vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er dem Betriebsrat oder dem Betriebsausschuss über alle die Arbeitnehmerverhältnisse betreffenden Betriebsvorgänge Auskunft gibt, soweit demselben gewisse gesetzliche Hindernisse entgegenstehen, daß er insbesondere die Lohnbücher vorlegt und über die Leistungen des Betriebes sowie den zu erwartenden Arbeitsbedarf Auskunft gibt. Dazu kommt bei größeren Unternehmen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, die Verpflichtung zur Vorlegung einer Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung.

Sodann gehört zu dieser Aufgabengruppe die Mitwirkung bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, die den Betriebsräten eine gerade in der kommenden Zeit, die ein höchstes Maß von Zweckmäßigkeit der Betriebsführung verlangt, besonders bedeutungsvolle Rolle zuweist. Eine Neuerung ist die grundlegende Art, die ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Betriebsleistung der größeren Unternehmen herbeiführt, bildet schließlich die Entsendung von Vertretern des Betriebsrats in den Aufsichtsrat derjenigen Unternehmen, für welche ein solcher besteht. Die Vertretung einer so weitgehenden Befugnis, welche das im allgemeinen gewährte Mitbestimmungsrecht in ein Mitbestimmungsrecht verwandelt, wird in der Überzeugung vorgebracht, daß nichts so sehr die Arbeitsfreudigkeit, das Verantwortlichkeitsgefühl und das Interesse an der Hebung der Betriebsleistungen und des Ertrages zu steigern geeignet ist, als die verantwortliche Mitwirkung an der obersten Leitung des Unternehmens.

Die Vorlage dürfte sowohl wegen ihrer ganzen Tendenz wie wegen ihrer einzelnen Bestimmungen hart umrissen werden. Während die Vertreter der äußeren Linien behaupten dürften, daß sie noch nicht weit genug geht, werden die Arbeitgeber voraussichtlich gegen die Eingriffe in ihre Rechtssphäre entschieden Widerspruch erheben und zumal das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen ablehnen. Eine gründliche Erörterung und Prüfung der Vorlage ist schon deshalb notwendig, weil sie sich auf ein bisher noch unerforschtes Gebiet bezieht, und weil ein Eingriff in der Frage der Betriebsräte für unsere wirtschaftliche Weiterentwicklung wie für die ganze Gesellschaftsordnung verhängnisvoll werden muß.

Verband kommunaler Volkshochschulen „Westfalen“.

Ein Verband kommunaler Volkshochschulen „Westfalen“ ist in Gelsenkirchen gegründet worden. Auf Einladung des Herrn Oberbürgermeisters hatten sich am 6. August im Rathause Vertreter folgender Städte eingefunden: Soest, Wattenscheid, Bielefeld, Gladbeck, Castrop, Dorsten, Buer, Anna, Wetter, Ahlen, Herford, Gelsenkirchen, Hohenlimburg, Gronau, Bocholt, Haspe, Lüdenscheid, Wanne, Geseke, Berg, Lünen, Almena, Bottrop, Minden, Münster, Bielefeld. Die Versammlung nahm den Standpunkt ein, daß die Volkshochschule im Aufbau und Lehrplan den örtlichen Verhältnissen anzupassen sei, daß aber die hiernach erforderliche Bewegungsfreiheit die Aufstellung einheitlicher Richtlinien nicht hindere. Beiden Anforderungen werde die kommunale Volkshochschule am sichersten gerecht. Gleite dagegen die Volkshochschulbewegung in die Hand von Privatvereinen, so bedeute das nicht nur eine bedauerliche Zersplitterung in Lehrplan, Methode und Ziel, sondern es müße auch mit der Entstehung von Konkurrenzvereinigungen gerechnet werden. Es liege die Gefahr vor, daß die Volkshochschule, die als gemeinsame Arbeitsstelle aller Volkshochschulen in erster Linie berufen sei, soziale Gegensätze zu überbrücken, zu politischen Parteilagitationen zwecken ausgenutzt werde. Auch von diesem Gesichtspunkte sei die Kommune, die als neutrale Stelle allgemeines Vertrauen genießt, die berufenste Trägerin der Volkshochschule.

Nach den Satzungen soll der Verband die Einrichtung und den Ausbau kommunaler Volkshochschulen fördern, weiteres Material sammeln, mit den beteiligten Stellen Fühlung nehmen und den wechselseitigen Austausch der Erfahrungen vermitteln. Mitglied kann jeder Kommunalverband werden, welcher eine städtische Volkshochschule oder Volkshochschulkurse besitzt oder einzurichten gewillt ist. Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr Oberbürgermeister v. Welsch in Gelsenkirchen, zum 2. Vorsitzenden Herr Oberbürgermeister Diekmann in Münster gewählt.

Beitrittserklärungen und Anfragen werden an die städtische Volkshochschule in Bielefeld als der Geschäftsstelle des Verbandes erbeten.

Abnungen.

Der Schriftsteller Gustav Stucke erzählt: Ich lernte eine Dame kennen, die uns gern von ihrer einzigen, entfernt wohnenden Tochter erzählte. Eines Tages rebete ich sie auf ihren traurigen Gesichtsausdruck an. „Ach“, sagte sie, „mir hat diese Nacht geträumt, meine Tochter werde am 14. September sterben. Ich habe sie im Sarge liegen sehen.“ Auf meine Frage: „Warum gerade am 14. September?“ erwiderte sie: „Das ist ihr Geburtstag.“ Und auf meine weitere Frage: „Haben Sie irgend eine Nachricht erhalten, daß ihre Tochter lebend ist?“ erwiderte sie: „Ja, sie schrieb, daß sie heftig erkältet sei.“ Die Mutter war nicht zu bewegen, ihren Erholungsaufenthalt fortzusetzen, sondern reiste zu ihrer Tochter. Im August schrieb

sie mir: „Mein Traum ist erfüllt, meine Tochter ist an einer Lungenentzündung gestorben.“

Wir waren zur Erholung im Kurhaus Palmenwald in Freudenstadt, wo es uns so sehr gefiel, daß wir uns vornehmen, länger zu bleiben, als ursprünglich geplant war. Eines Morgens sah mein Freund auffallend blaß aus und sagte auf meine besorgte Frage: „Ich möchte heute nicht ausgehen. Mir ist so, als ob uns heute etwas Schlimmes befallen würde; ich weiß aber nicht was.“ Der Tag verging ohne das geringste Ereignis; er brachte sogar mehrere gutlautende Briefe von unseren Kindern in Brasilien und England. Wir wollten gerade zum Abendessen in den Speisesaal gehen, als mir ein Telegramm ausgereicht wurde, welches den am Morgen desselben Tages erfolgten Tod eines unserer lieben Schwiegerkinder in Brasilien meldete.

Eine Dame aus Santos in Brasilien war auf der Fahrt nach Deutschland. Als Frau Stucke eines Tages an den Abhängen des Salatrabergeres bei Lugano dahinging und auf den herrlichen See hinausblitzte, sah sie in der fernsten Ecke desselben einen englischen Dampfer, auf dessen Verdeck eben ein Sonnenstrahl fiel. Auf derselben Stelle sah sie die brasilianische Dame stehen. Vierzehn Tage später traf eine Karte aus England ein mit der Bemerkung: „Ich habe auf See viel an Sie denken müssen.“

Hellsche, Abnungen, prophetische Träume — ein dunkles Gebiet, das noch der Erforschung harret. Es ist aller Aufmerksamkeit wert.

Der Aufschub des Friedens.

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen wieder er-
zögert.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages in Frank-
reich und in Italien wird noch einige Wochen auf
sich warten lassen. Die Kammer-Ausschüsse haben sich
zwar bereits eingehend mit dem Vertrag befaßt, doch
sind die Parlamente selbst in beiden Ländern am
Sonntagabend in die Ferien gegangen.

In Frankreich wird jetzt die Ratifizierung un-
mittelbar nach den Parlamentsferien — die für den
Senat am 4. September enden — und längstens bis
zum 15. September angekündigt. Aber zweifellos wird
man im September nach Gründen für einen weiteren
Aufschub suchen, an dem vor allem die Händlerkreise
bei unseren Gegnern stark interessiert sind. Erst von
der Inkraftsetzung des Vertrages laufen ja die Fristen
ab, innerhalb deren die Einfuhr aus allen gegneri-
schen Ländern die Mindestzölle genießt, die in
Deutschland vor dem Krieg bestanden haben.

Der Aufschub der Friedensratifizierung bedeutet na-
türlich eine Verlängerung dieser Fristen, also eine
Verschärfung des Vertrages, die jetzt um so deut-
licher zutage tritt, weil die britische Behörde für das
besetzte Gebiet die deutsche Verordnung über Zoll-
zahlung in Gold außer Kraft gesetzt hat, womit
die Verordnung überhaupt unhaltbar geworden ist.
Mit der Hinausschiebung der Ratifizierung des
Vertrages verzögert sich auch die Heimbeförde-
rung unserer Kriegsgefangenen. Die Ent-
sente ist gar nicht willens, früher damit zu begin-
nen, als nach der Inkraftsetzung des Vertrages. Ganz
unbegreiflich ist es da, daß man andererseits mit
Frankreich Verständigungen getroffen hat, nach denen
die Kohlen- und Ammoniaklieferungen, zu denen wir
durch den Friedensvertrag verpflichtet sind,
schon vor der Inkraftsetzung des Vertrages begin-
nen sollen. Es steht der Reichsregierung schlecht an,
sich dagegen zu erklären, daß man ihr Gleichgültig-
keit gegen das Schicksal der Kriegsgefangenen vor-
wirft. Jede vertragsmäßige Leistung Deutschlands vor
Inkraftsetzung des Vertrages mußte davon abhängig
gemacht werden, daß die Heimbeförderung unserer
Kriegsgefangenen unverzüglich beginnt. Man kann sich
nicht des Eindruckes erwehren, daß die Regierung die-
sen Standpunkt bei den Verhandlungen mit der Ent-
sente nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten hat.

Die Kohlenversorgung Europas.

Die erste Sitzung der europäischen Kohlenkom-
mission, die von dem Obersten alliierten Wirtschafts-
rat in Paris eingesetzt ist und an der zehn Vertre-
ter der alliierten Länder anwesend waren, hat die
Steinkohlenförderung in Europa besprochen und Maß-
nahmen festgestellt zur Erhöhung der Förderung in
den Kohlengruben von Schottland, Tschechien und Kom-
browa. Ferner hat die Kommission die Notwendigkeit
eines Güterverkehrs zwischen den beteiligten
Ländern besprochen und eine Kommission ernannt,
die aus einem Sachverständigen jedes einzelnen Lan-
des bestehen soll und ein Gutachten über die Lage
bezüglich der Förderung und des Kohlenverbrauches
erhalten soll. Der amerikanische Lebensmittelin-
spektor Hoover hat die Reise nach Polen und Tschecho-
slowakei angetreten, um dort die Kohlenfrage zu
studieren.

Nach einer Pariser Meldung des „Corriere della
Sera“ können die Vereinigten Staaten wegen des
Schiffsraummangets nicht mehr als höchstens zwei Mil-
lionen Tonnen Kohlen monatlich liefern. Das einzige
wirkliche Mittel zur Bekämpfung der europäischen
Kohlenkrise besteht in der Vermehrung der Kohlen-
gewinnung in Europa und namentlich Deutschlands.
Die Kommission werde natürlich keine Rücksicht
nehmen auf den Kohlenbedarf der deutschen Indus-
trie, und in erster Linie auf die Erfüllung der
alliierten denken. Leider habe die Kohlenkommission
keine beschließende Kraft.

Die ungarische Republik.

Eine Proklamation des Erzherzogs Joseph.

Der ungarische Regent Erzherzog Joseph erklärt
in einer Proklamation an das ungarische Volk, daß er
gar nicht daran denke, die Monarchie wie-
der einzuführen, und daß er auch nicht die Ab-
sicht hat, sich die Krone Ungarns aufzusetzen. Er
fährt aus, daß er, trotzdem er ein treuer Anhänger
des Kaiserhauses ist, ein treuer Bürger der Re-
publik bleiben werde, nachdem er der Republik den
Treueid geleistet habe. Dieser Aufruf ist augenschein-
lich eine Folge jener Demonstration, die vor dem
Hotel Bristol, in dem der Erzherzog wohnt, statt-
gefunden hat. Es hatten sich einige hundert Perso-
nen vor dem Hotel versammelt. Als die Menge nicht
aufhörte, den Erzherzog zu rufen, erschien ein jun-
ger Adjutant auf dem Balkon und verkündete, daß
der Erzherzog nicht in der Lage sei, sich zu zeigen,
und bat, nicht länger nach ihm zu rufen. Die Regie-
rung habe den Mänteln und der Entente mit ihren
Rufen dafür bürden müssen, daß die Ruhe erhalten
bleibe. Nach diesen Worten rief jemand aus der Menge:
„Es lebe der König!“ Die Menge applaudierte,
brachte Hochrufe auf den König aus und verließ sich
dann. Es scheint nun, daß Erzherzog Joseph un-
ter der Wirkung dieser Demonstration sich veranlaßt
sah, seine Proklamation herauszugeben.

Trotz dieser entgegenkommenden antimonarchi-
schen Proklamation haben sich die Verhandlungen
mit den Sozialdemokraten zerlegt. Die Bu-
dapester Arbeiterführer an sich waren bereits geneigt
gewesen, an der Regierung teilzunehmen, doch Ga-
rami, der erst vor wenigen Tagen in Wien eintraf,
lehnte entschieden ab. Er meinte, daß die Regierung
keine genügenden Bürgschaften für eine Demokratisie-
rung biete. Die Sozialisten sind jedoch entschlossen,
an den Wahlen der Nationalversammlung nach Kräf-
ten teilzunehmen. Sollten sie dann eine Mehrheit
erhalten, so werden sie es für ihre Pflicht halten,
eine Kontrolle der Regierung auszuüben.

Nationalversammlung.

— Weimar, 11. August.

Das Grundbesitzsteuergesetz.

Der Entwurf eines Grundbesitzsteuergesetzes, mit
dem sich die Nationalversammlung heute in zweiter
Lesung beschäftigte, hat in der Ausschussberatung man-
cherlei Änderungen erfahren. Schon § 1 hat nach den
Beschlüssen des Ausschusses folgende Fassung erhal-
ten: „Beim Übergange des Eigentums an inländi-
schen Grundstücken wird eine Grunderwerbs-
steuer erhoben. Dem Übergange des Eigentums steht
gleich der Erwerb von herrenlosen Grundstücken.“ Die-
ser Fassung entsprechend ist auch die Überschrift ge-
ändert worden in: „Entwurf eines Grunderwerbs-
steuergesetzes.“

Da alle Parteien begen große Bedenken gegen
die Vorlage, da man nach Übergang des Grunder-
werbsteuereinkommens auf das Reich eine Erschwerung der
Finanzgebarung der Gemeinden befürchtet. Der so-
zialdemokratische Abgeordnete Solmann erklärte, daß
keine Fraktion für die Vorlage stimmen würde, wenn
nicht in der zweiten Lesung unerträgliche Abänderun-
gen vorgenommen werden würden. Für den Abg.
Hente (L. Sp.) wog das Bedenken, daß die Grund-
erwerbsteuer auf die Mieter abgewälzt werden wird,
schwer genug, um das ganze Gesetz abzulehnen.

Abg. Waldstein (Dem.) bezweifelte, daß der Ent-
wurf wirklich die erwarteten Mehreinnahmen bringen
würde. Nach seiner Überzeugung wird das Gesetz eine
außerordentliche Verminderung des Umlages und so-
mit eine außerordentliche Verminderung der Einnah-
men aus dem Umlagesteuereinkommen mit sich bringen.
Nicht aus Steuerschön, sondern um das Ertragnis der neuen
Steuer einzufahren, sicherzustellen, werde keine Par-
tei dem von dem Reichstag auf Seite gestellten Antrag,
den Steuerfuß von 4 auf 3 Prozent zu ermäßigen,
zustimmen.

Namens der Deutschen Volkspartei konnte Abg.
Beder-Hessen dem Entwurf nur schweren Herzens
zustimmen. Diefelbe Ansicht äußerte auch Abg. Baer-
icke (Dnall.). Die Hauptbedenken der beiden Red-
ner richteten sich gegen die Höhe der Steuer und
die Benachteiligung der Gemeinden.

Darauf wurde in die Einzelberatung eingetre-
ten. § 1 wurde in der Fassung des Ausschusses an-
genommen und demgemäß auch die Überschrift ge-
ändert. § 7 behandelt die Fälle, in denen die Grund-
besitzsteuer nicht erhoben wird. Dazu beantragten
die Demokraten eine Ermäßigung der Steuer bis zur
Hälfte, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebau-
ten Grundstücken 20 000, und bei unbebauten 5000 Mk.
nicht übersteigt, als § 7a. Daran knüpfte sich eine
längere sozialpolitische Debatte. Der demokratische An-
trag wurde schließlich abgelehnt. Nachdem der
Reichsfinanzminister Erzberger beim § 8 eine Neu-
regelung der Besteuerung der toten Hand bis zum
Herbst in Aussicht gestellt hatte, wurden schließlich
die §§ 8 bis 15 nach den Beschlüssen des Ausschusses
angenommen.

Unter Ablehnung des deutschnationalen Antrages
auf Herabsetzung des Steuerfußes von 4 auf
3 Prozent wurde § 16 unverändert angenommen. Auch
im übrigen hielt sich das Haus an die Beschlüsse
des Ausschusses. Nach Erledigung des Grunderwerbs-
steuergesetzes wurde die Sitzung am nachmittags 4 Uhr ver-
tagt.

Deutsches Reich.

— Berlin, 11. August 1919.

Die zur Besetzung Oberschlesiens bis zur
Abstimmung bestimmten alliierten Truppen werden eine Di-
vision stark sein, zu deren Aufstellung jede der in Frage
kommenden Mächte je drei Bataillone zu stellen hat.

In einer Besprechung zwischen dem Vorstand des Ge-
werkschaftsbundes deutscher Eisenbahner und dem Mini-
ster der öffentlichen Arbeiten übernahm die Bundesleitung
die Gewähr dafür, daß von Erfurt aus keine Sonderstrei-
ktion unternommen wird.

Die sozialdemokratische Mehrheit der Koburger
Landesversammlung beschloß, die Volksabstimmung über den
Anschluß an Bayern auf den 28. September festzusetzen.

Die Bahnhöfe des Gebietes Moresnet und der Kreise
Eupen und Malmédy werden von der belgischen Regierung
nach der offiziellen Ratifizierung des Friedens in Anspruch
genommen werden.

Neue Dokumente. Eine Genfer Zeitung ver-
öffentlicht bis jetzt unbekannte Dokumente über Fried-
densverhandlungen, die im März 1918 zwischen dem
bayerischen Grafen Dörring, einem Verwandten der
belgischen Königsfamilie, und dem belgischen Gesandten
in der Schweiz begann und sich bis Ende August hin-
zog. Danach soll Dörring am 23. August dem Ver-
treter Belgiens mitgeteilt haben, daß die deutsche Re-
gierung die Souveränität Belgiens wiederherstellen und
für den dort angerichteten Schaden aufkommen wird.
Weiter soll Deutschland keinerlei Pfand verlangt ha-
ben, dagegen an Belgien das Ertragnis gerichtet ha-
ben, dieses möge bei der Entente für die Rückgabe
der deutschen Kolonien vorstellig werden.

Die Auflösung des Großen Generalstabes. Am
1. Oktober wird der Große Generalstab als oberste
Operationsbehörde des alten Heeres zu bestehen auf-
gehört haben. In seiner bisherigen Form ist der
Generalstab schon jetzt aufgelöst und führt den Na-
men „Abwickelungsstelle General v. Seelt“. Die ein-
zelnen Abteilungen werden entweder vollständig auf-
gelöst oder Zivilbehörden angegliedert. So wird die
Landesaufnahme, der die Vermessung deutscher
und während des Krieges besetzter Gebiete oblag, dem
Reichsamt des Innern als Zivilbehörde angegliedert.
Ebenso wird auch die im Zusammenhang mit der
Landesaufnahme stehende große Kartendrucker-
ei vom Reichsamt übernommen. Die Abteilungen
„Fremde Heere“ und Nachrichtenabteilung
treten zum Auswärtigen Amt als Zivilbehörden über.
Die Abteilung „Eisenbahnen“ wird dem Eisenbahn-
ministerium überwiesen. Die Operationsabteilung und
die Preisabteilung werden vollständig aufgelöst.

Pettischer Hund. Nachdem die lettische Regie-
rung es abgelehnt hat, eine Abordnung der deutschen
Soldaten in Kurland zu empfangen, die das ihnen
vertragsmäßig zustehende lettische Staatsbürgerrecht in
Anspruch nehmen wollen, haben die Vertreter der
Truppen der lettischen Regierung durch die deutsche

Gesandtschaft eine Entschlebung zugehen lassen, in
der auf den bindenden Vertrag der lettischen Regie-
rung, unterschrieben vom jetzigen Ministerpräsidenten
Ulmans, mit der deutschen Regierung hingewiesen
wird. Niemand könne die Tatsache aus der Welt schaf-
fen, daß die deutschen Truppen den Bolschewismus
aus Lettland zurückgeschlagen, das Land mit ihrem
Blute befreit, die lettische Republik, die nur noch
über zwei Kreise Kurlands verfüge, vor dem Unter-
gange errettet und ihre Wiedererrichtung ermöglicht
haben. Im Namen der deutschen Truppen erklären
die Vertreter nochmals, daß sie, wenn ihnen ihr Recht
nicht wird, sich für schmächtig betrogen halten
müssen und sich alle weiteren Schritte vorbehalten.
Die deutsche Regierung hat bekanntlich den Be-
fehl zur sofortigen Rückziehung der deutschen Trup-
pen gegeben; sie wird jedoch nicht verhindern kön-
nen, daß ein großer Teil der reichsdeutschen Solda-
ten ihrem Befehl keine Folge leisten wird und auf
der Erfüllung des von der lettischen Regierung
gegebenen Versprechens bestehen bleibt.

Mehr deutsche Truppen ins Rheingebiet.

Der Fünfferrat hat den Vorschlag Hochs angenom-
men, wonach Deutschland ernächtigt wird, neue Trup-
pen in die 50 Kilometerzone östlich des Rheins zu
legen, da die dort befindlichen deutschen Truppen
falls Streikunruhen ausbrechen, zur Aufrechterhaltung
der Ordnung nicht genügen. Wie die Frankfurter
Zeitung meldet, beträgt die vom Fünfferrat zugestan-
dene Verstärkung der Garnisonen in der neutralen
Zone drei Bataillone.

Chemnitzer Vergleichsvorschläge.

In Dresden fanden Verhandlungen einer Abord-
nung der Chemnitzer Arbeiterchaft über die dortiger
blutigen Ereignisse mit dem Kriegsminister Kirchhof
sowie den Generalen von Oldershausen und Müller
statt. Diese sagten zu, daß die Verstärkung des Be-
lagerungszustandes wieder aufgehoben werden könne
falls die Arbeiterorganisationen die Wiederherstellung
der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeiführen
könnten. Unter der gleichen Voraussetzung soll auf
von der Einsetzung außerordentlicher Gerichte abge-
sehen werden, jedoch soll ein besonderes Gericht zur
Untersuchung der Vorgänge vom 7./8. August eingesetzt
werden. Vom Minister wie von den Generalen wurde
der Abordnung gegenüber kein Zweifel darüber ge-
lassen, daß die Wiederherstellung der öffentlichen Or-
dnung in Chemnitz auf jeden Fall durchgesetzt werde.
Von Berlin sind zwei Reichswehr-Regimen-
ter nach Chemnitz abgegangen. Sie sollen zur Ver-
stärkung der sächsischen Truppen in Chemnitz dienen
und werden auch dem sächsischen Kommando unterstellt.
Ob es zu einem militärischen Eingreifen in Chemnitz
kommen wird, hängt von dem Ergebnisse der Ver-
handlungen ab, die noch nicht zu Ende geführt wor-
den sind.

Bankrott in Hamburg.

Die große Gefahr einer Arbeitsniederlegung der
Beamten der sieben Hamburger Girobanken, die be-
reits im April drohte, ist am Montag zur Tatsache
geworden. Die Verhandlungen über die Gehaltsfor-
derungen der Bankangestellten sind ergebnislos ver-
laufen. Die Angestellten beschloßen darauf mit gro-
ßer Mehrheit, in den Streik einzutreten. Das Ergeb-
nis der Abstimmung der Bankbeamten wird auf die
Agitation des Berliner Bankbeamtenführers Marx zu-
rückgeführt. Um irgendwelche Störungen und Zwischen-
fälle zu vermeiden und die Arbeitswilligen zu schützen
werden sämtliche Großbanken von Reichswehrtruppen
besetzt.

Die Streiks in Oberschlesien.

Die Streiklage im ober-schlesischen Industriegebiet
hat sich bedeutend verschärft. Es sind jetzt noch die
Belegschaften der Friedensgrube in Beuthen und der
Gottesfegen-Grube in Antonienhütte ausständig ge-
worden. Es wird mit einer Arbeitseinstellung auch auf
anderen Gruben gerechnet. Bei dem Kampf gegen die
ober-schlesischen Verbrecherbanden gelang es dem Sturm-
Bataillon von Arnault de la Perrière der dritten Ma-
rinebrigade von Loewenfeld, den berüchtigten ober-
schlesischen Bandenführer Hajot zu fassen. Hajot selbst
und sein zweiter Führer Gerich wurden dabei ge-
tötet. Mehrere andere Hauptverbrecher, darunter
der Bruder Hajots, wurden festgenommen. Das Sturm-
Bataillon war erst am vorhergehenden Tage in Hin-
denburg eingedrückt. Vom Sturm-Bataillon wurde der
Freiwillige Leutnant zur See Fricke, durch drei Schüsse
schwer verletzt.

Wie die Pressestelle des Staatskommissariats mit-
teilt, streikten augenblicklich 35 bis 40 Prozent der
gesamten ober-schlesischen Kohlenreviers. Die Ausstän-
digen fordern die Wiedereinstellung der entlassenen
Arbeiter und erheben Einspruch gegen den Grenz-
schutz, gegen die Wiedereinstellung der von den Ar-
beitern entlassenen Beamten und gegen die Verhaftung
mehrerer Obmannen.

Die Lohnbewegung der Kaliarbeiter.

Der Reichsbergarbeiterrat in Halle a. S. hatte na-
mens der streikenden Kaliarbeiter den Reichsar-
beitsminister wiederholt telegraphisch um eine Unter-
redung und um die Einleitung von Verhandlungen
mit den Vertretern der Kaliinteressenten gebeten. Am
letzten Freitag wurde einer Abordnung des Bergarbei-
terrates unter Führung des Abgeordneten Roehnen
(L. Sp.) Gelegenheit zu einer Klage mit dem
Referenten des Reichsarbeitsministeriums in Weimar
gegeben. Die mitgeteilten Forderungen gingen im we-
sentlichen auf weitere Erhöhung der Löhne und Ver-
kürzung der Arbeitszeit. Über die im Tarifvertrage
zwischen Gewerkschaften und Kaliinteressenten getroffe-
nen Vereinbarungen hinaus und auf die sofortige
Einführung der Betriebsräte im Kalibergbau. Der
Reichsminister lehnte die Einleitung von Verhand-
lungen ab mit dem Hinweis, daß am 26. Juli ein
Tarifvertrag für den gesamten Kalibergbau abgeschlos-
sen sei und etwaige Forderungen bei der Reichs-
arbeitsgemeinschaft gewerblicher Arbeitgeber und Ar-
beitnehmer, Fachgruppe Kalibergbau, anhängig zu ma-
chen seien.

Rundschau im Auslande.

Polen: Polnisch-tschechischer Eisenbahnkrieg.

Ein kalischer Blatt meldet: Wie aus tschechischen
Eisenbahnkreisen mitgeteilt wird, halten die tschechischen
Behörden in Oberberg seit einer gewissen Zeit alle Waren-

transporte, die aber Oberberg nach Polen gehen, an. Auf diese Weise haben sie schon über 800 Güterwagen auf der Oberberger Station zurückgehalten. Das sind Repressalien für die Zurückhaltung der 2000 tschechischen Wagen durch die Polen. Es sei bemerkt, daß seit November v. J. die tschechischen Behörden etwa 4000 Wagen, die der polnischen Regierung gehörten, umgemalt haben. Der Streit um diese Wagen dauert schon einige Monate. Um den Kauf und dem „Ummalen“ ein Ende zu machen, haben die polnischen Behörden einen Teil der tschechischen Wagen zurückgehalten. Als Antwort darauf halten die Tschechen ungeheure Transporte, hauptsächlich aus der Schweiz, Italien und Frankreich, in Oberberg fest.

Bulgarien: Die Teilung Thrazien.

* Laut „Antranzigant“ sollen zwei Drittel von Ostthrazien Griechenland und ein Drittel dem Freistaat Konstantinopel zugesprochen werden. Von Westthrazien erhält Griechenland ein Viertel, drei Viertel werden zu einem Freistaat unter Aufsicht des Völkerbundes umgewandelt. Ein Ausschuss von Sachleuten soll sich nach Thrazien begeben, um diese Entscheidungen durchzuführen. Wenn die der Konferenz unterbreiteten Vorschläge Wirklichkeit würden, dann würde damit nahezu ein Drittel der bulgarischen Masse unter fremde und feindliche Herrschaft kommen.

Schweden: Unregelmäßigkeiten bei der schwedischen Flotte.

* Aus Stockholm wird ein großer Flottenstandal gemeldet. Man hat bedeutende Unregelmäßigkeiten in der Flottenverwaltung entdeckt. Die Untersuchung führte zur Verhaftung eines Kommandeurs und des Marineministers Folkman wegen grober Vernachlässigung ihrer Arbeitspflichten.

Türkei: Die Aufstandsbewegung in Kleinasien.

* Der frühere türkische Korpskommandeur Mustafa Kemal Pascha hat sich gewiegert, der Aufforderung der türkischen Regierung, nach Konstantinopel zurückzukehren, Folge zu leisten. Er hat sich von der Türkei unabhängig erklärt und erklärt, daß die Konstantinopeler Regierung habe das Vaterland verkauft. Er fordert alle Anhänger des Islams und alle Freunde der Türkei auf, sich ihm anzuschließen. Mustafa verfügt über zwei revolutionäre Divisionen. Zahlreiche Freiwillige laufen ihm zu. Die türkische Regierung hat zwei Minister zu Verhandlungen in die aufständischen Gebiete geschickt. Mustafa steht mit seinen aufständischen Truppen in der Gegend von Amasia, nicht weit von der Schwarzen Meeresküste. Die Regierungsbeamten in Anatolien haben sich ihm größtenteils angeschlossen. Eine Konstantinopeler Mitteilung an Pariser Blätter besagt, daß die türkische Nationalversammlung, die von den Gegnern der jetzigen Regierung einberufen wurde, demnächst in Erzerum ihre erste Sitzung abhalten werde.

Erntestreiks in Frankreich.

Die großen sozialistischen Gewerkschaften haben auf dem Lande eine rührige Propaganda entfaltet, die sich schon bemerkbar macht. Die Landarbeiter des Seine- und Marne-Departements fangen an, die Arbeit niederzulegen, sobald Militär zur Einbringung der Ernte in die Auslandsgebiete geschickt werden mußte. Im Seine- und Oise-Departement streiken die Landarbeiter ebenfalls. Es wurden freiwillige Kräfte aus anderen Teilen des Landes zur Einbringung der Ernte herangezogen.

Internationale Metallarbeiterbewegung.

Der Verband der italienischen Metallarbeiter erläßt einen Aufruf zum Zusammentritt eines internationalen Kongresses in Mailand vom 15. bis 17. August. Der Entscheidungsschritt zwischen Kapitalismus und Arbeitergewerkschaften stehe namentlich in der Metallindustrie unmittelbar bevor. Der Verband schätzt die Zahl der ausländischen Metallarbeiter auf 300 000. Die Bewegung wachse weiter an.

Kirche, Schule und Mission.

Vergewaltigung der Evangelischen in Polen.

epd. Dem Vernehmen nach ist soeben eine Verordnung des Obersten Polnischen Volksrates ergangen, durch welche die evangelischen Gemeinden des von den Polen besetzten Gebietes dem Warschauer Konsistorium unterstellt werden. Ein solches Vorgehen würde eine flagrante Verletzung des Rechtszustandes und zugleich, bei dem exzessiven

fefferlich-lutherischen Charakter der Augsburgischen Kirche Polens und ihres Konsistoriums, eine brutale Gewissensvergewaltigung für die der unierten Preussischen Landeskirche angehörigen Gemeinden des besetzten Gebietes bedeuten.

Im Namen der Preussischen Landeskirche und der beteiligten Gemeinden, die unter den derzeitigen Verhältnissen nicht selber zu Wort kommen können, muß gegen einen derartigen Gewaltakt der schärfste Einspruch erhoben werden.

Wie der „Evangelische Pressedienst“ erfährt, hat der Evangelische Oberkirchenrat die preussische Regierung ersucht, dem berückten Vorgehen des Obersten Polnischen Volksrates bzw. des Warschauer Konsistoriums aufs nachdrücklichste entgegenzutreten.

Total- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 13. August 1919.

— **Evangelischer Arbeiterverein.** Am Sonntag nachmittag fand im „Kronprinzen“ eine Vereinsversammlung statt. Es wurden zunächst Vereinsangelegenheiten besprochen; es wurde beschlossen, am 24. Aug. einen Familienausflug nach Emslingen zu machen und im Oktober das Jahresfest zu feiern, nachdem vorher der Anschluß an den rheinisch-westfälischen Verband vollzogen sein wird. Anstelle des verhinderten Dr. Spaltowski sprach dann Herr Hartwig über die gegenwärtige politische Lage mit besonderer Berücksichtigung dessen, wie die evangelischen Arbeiter dazu stehen.

— **Die Kreisversammlung des Sittlichkeitsbundes vom Weißen Kreuz** findet am kommenden Sonntag in Bad Deynhausen im Saale der Christl. Gemeinschaft (Weststraße 15) statt. Eröffnung vormittags 11½ Uhr mit einer biblischen Ansprache des Vereinssekretärs Heuer-Bielefeld. Nachmittags 2½ Uhr Vortrag mit anschließender Besprechung über: „Unser Triebleben als göttliche Gabe und sittliche Aufgabe“ (P. Ruhlo-Bielefeld).

— **Bielefelder Kriegspatenstiftung.** Die Bielefelder Kriegspatenstiftung soll den Kindern unserer gefallenen Bielefelder Vaterlandsverteidiger den Eintritt in das praktische Leben erleichtern. Die Opferfreudigkeit unserer Bürgerschaft hat sich bei den ersten Einzahlungen außerordentlich bewährt. 168 000 Mark sind bei der Stadt-Sparkasse, der Zählstelle der Kriegspatenstiftung, bar eingezahlt worden. Da durch die bitteren Kämpfe in der ersten Kriegszeit die Zahl der Kriegerwaisen bedeutend gewachsen ist, wäre es dankbar zu begrüßen, wenn weitere Spenden der Stadt-Sparkasse zugeführt werden könnten.

Meine Nachrichten.

* Die Gesamtausgaben für die Erwerbslosenfürsorge in Berlin von ihrer Einführung bis Ende Juli haben eine Höhe von über 148 Millionen Mark erreicht.

* Der bekannte Potsdamer Hofprediger D. Bernhardt Rogge ist nach kurzer Krankheit im Alter von 88 Jahren gestorben. Rogge war besonders dadurch bekannt, daß er am Tage der Kaiserproklamation von Versailles die Weihepredigt hielt.

* In Jena wurde am Sonntag die öffentliche Tagung des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine eröffnet.

* Auf der Oberspreewäldersee ein Wasserrad mit sieben Rädern, von denen zwei extranten.

* Bei einem Zugzusammenstoß bei Witten (Westf.) wurden drei Militärpersonen getötet, zwei schwer und drei leicht verletzt.

* Der auf dem Bahnhof Witten angelegte Bahnassistenten-Schalt ist nach Untersuchung von Kassengeldern in der Höhe von 200 000 Mark flüchtig geworden.

* Die deutschen Jagensflüchtigen, die während des Krieges nach Holland gekommen sind, werden, nach dem Abzug „Waderland“, in Bälde genötigt sein, Holland zu verlassen. Ihre Zahl beträgt 6000 bis 7000.

Bücherchau.

Durch die Annahme des Schulkompromisses in der Nationalversammlung scheint der Weiterbestand der Privatschulen gesichert zu sein. Bielefeld gewinnen diese noch viel größere Bedeutung als bisher. Der Thüringer Verband der freien Schulen und Anstalten gibt durch den Verlag Hermann Beyer u. Sohn (Beyer u. Mann), Langensalza, in zwangloser Folge Hefte heraus: „Die freie Bildung und Erziehung in Haus, Schule, Kirche und Staat“, welche eingehend über alle Schul- und Erziehungsangelegenheiten berichtet. Heft 1 und 2 sind erschienen mit Abhandlungen über den Wert und die Notwendigkeit der freien Schulen von Dr. Adrian und Karl König, sowie Mitteilungen über die Verbände der Privatschulen und Lehrpersonen. Die Hefte sind für 1,80 M zu beziehen.

Letzte Nachrichten.

Die Steuerflucht im Flugzeug.

Zu der angeblichen Vermögensschiebung des Königs von Sachsen erfährt der „Berl. Post.“, daß der König tatsächlich nicht das geringste mit der Sache zu tun hat. Die Flugzeugsendung der Wertobjekte erfolgte von einem früheren deutschen Fürsten, dem Prinzen Wied, der aber seit geraumer Zeit nicht mehr deutscher Staatsangehöriger ist und bekanntlich Abtrot von Albanien war. Der ehemalige Fürst, der zurzeit in der Schweiz wohnt, wurde von Freunden veranlaßt, die Wertobjekte auf diese Art Verwandten in Schweden überbringen zu lassen.

Die Berliner Potentatenkonferenz.

Im Herrenhause begannen Montag nachmittag die Verhandlungen der Reichs- und Staatsbehörden mit den polnischen Delegierten über die Durchführung der im Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen. In dem großen Sitzungssaal versammelten sich außer den Vertretern der Zentralbehörden des Reiches und Preußens und einer Reihe meist aus der Ostmark geladener Sachverständiger sowie den 45 Delegierten Polens auch die Vertreter der Militärmission der Alliierten. Unterstaatssekretär v. Daniel vom Auswärtigen Amt leitete die Verhandlungen durch eine Ansprache ein, in der er namens der deutschen und preussischen Regierung der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Konferenz im Geiste des Entgegenkommens geführt werden möge. Ihm erwiderte namens der Polen der Unterstaatssekretär des polnischen Ministeriums des Äußeren Dr. Prokiewicz.

Kerenski in Berlin?

Nach russischen Meldungen soll sich Kerenski, der erste Diktator nach dem Sturze des zaristischen Regimes, in Berlin aufhalten. Gegenwärtig beschäftigt sich Kerenski damit, daß er heftig gegen Koltshak und Detschikoff agitiert.

Der Konflikt Rumäniens mit dem Verband.

Genf, 11. Aug. Nach einem Telegramm der „Neuen Zürcher Zeitung“ nimmt der Konflikt zwischen Rumänien und dem Verbande immer härtere Formen an. Auf eine Anfrage des englischen Generals in Gordon, wo sich das rumänische Hauptquartier befindet, lehnte der rumänische General die Antwort ab. Der englische General legte darauf bei der englischen Mission Beschwerde ein. Nach einem Privattelegramm des „Corriere“ ist bis Sonnabend abend auf die englische Aufforderung, nach dem rumänischen Waffenstillstandsbegehren mit Ungarn keine Antwort einzuwerfen. Das Blatt sieht den vollständigen Bruch mit dem Verbande voraus. Nach eigenen Informationen des „Corriere della Sera“ dürfte die Begünstigung des Erzherzogs Josef auf französischen Einfluß zurückzuführen sein. Ein endgültiger Einspruch über die Absichten des Verbandes wird heute erwartet.

H. der Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bielefeld. — Druck und Verlag: Druckerei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schleichweg 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Anzeigen und Sendungen an die Geschäftsstelle: Bielefelder Zeitung, Bielefeld, Postfach 1000, 7333 Hannover.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Fahrradhaus Biermann,

Herford, Gänsemarkt 7.

Fahrräder

mit In- und Auslandsgummi.

Decken, Schläuche, Zubehörteile. — Fernsprecher 426.

Gummiwaren!

Irrigatorschläuche
Luftschläuche
Schwammbeutel
Spundnäpfe
Spundflaschen
Zimmerklosetts
Sieders.

Felkehaus. W. Küper

Jnh. Alfred Küper,

— Bismarckstraße 3a. —

Bielefelder!

Nehmt Euch unserer Kriegswaisen an! Uebernehmt Patenstellen an ihnen und sorgt dafür, daß alle Bielefelder Kriegskinder zu tüchtigen brauchbaren Menschen herangebildet werden können. Als Beitrag zur Kriegspatenkasse können für jedes Kind einmal 150 Mark oder monatlich 1 Mark gezahlt werden.

Bielefelder
Kriegspatenstiftung

Zahlstelle:

Stadt-Sparkasse

Bielefeld

Neues Rathaus

Postcheckkonto

Nr. 3900

Das Evangelium den heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Aus Cuxhaven, den Hauptrückkunftsort unserer nun wohl endlich heimkehrenden Kriegsgefangenen ergeht an uns die dringende Bitte, für die nötigen christlichen Schriften zu sorgen, die an die Heimkehrenden besonders gerichtet sind und ihnen ihre hohen Aufgaben ans Herz legen.

Wir haben diese Aufgabe übernommen und richten nun an alle unsere Missionsfreunde die herzliche Bitte, uns mitzuheilen sie zu erfüllen, sodaß wir imstande sind jedem Heimkehrenden diese Schriften in die Hand zu geben.

Wir müssen dahin bemüht sein, die heimkehrenden Volksgenossen unter christlichen Einfluß zu bringen und ihnen von vornherein die Richtlinien zum Wiederaufbau unseres Volkes ans Herz zu legen, noch ehe sie unter den Einfluß der Volksverführer geraten.

Freiwillige Gaben bitten wir gefl. an unser Postcheckkonto Nr. 9201, Hamburg 11, einzahlen zu wollen. Gott wird's lohnen und unser Vaterland wird es ihnen danken. Eile tut not.

Der Vorstand der Mitternachtsmission E. V.

Hamburg 5, Alexanderstr. 21/23.

Adolf Müller, Missionsleiter.

Pastor Prietsch, Vorsitzender.

Ortsgruppe Schildesche der deutsch-nationalen Volkspartei.

Öffentl. Versammlung

am Mittwoch, den 13. August, abends pünktlich 8 Uhr bei Br. Böh.

Herr Lindner-Bielefeld spricht über:

„Reichsverderber Erzberger an der Arbeit“.

Alle Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Evangel. soziales Frauenseminar der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.

Theoretische und praktische Ausbildung für berufliche und ehrenamtliche Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Gymnasiums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kurses 15. September 1919. — Prospekte durch die Leitung.

Erholungsbedürftige

finden monatlich und lebenslangliche freundliche Aufnahme bei guter Verpflegung und billigem Preise. Sommer und Winter. In idyllischer Lage direkt am Walde. Anfragen Rückporto beifügen.

Gustav Kraut, Runkelsteiner Mühle, Post Rod a. d. Weil (Taunus).

Herrnhut Sa.

Töchterheim der evang. Brüdergemeine, Christl. Erziehung, sorgfältige Verpflegung, schöne, waldreiche Umgebung.

M. Hoffmann, Vorsteherin.

Chemisch-Technisches : Rezeptlexikon :

17 000 Rezepte von Chemiker Dr. J. Berich M. 33.—, 10 000 Chemisch-Techn. Vorschriften nebst Literaturnachweis von Chemiker Dr. D. Lange M. 46.20, Bläuer-Anleitungsbuch für die Chemische Industrie M. 40.05, Dagers Handbuch der Pharmazeutischen Praxis (3 Bände) M. 123.20, Dietrichs Neues Pharmazeutisches Manual M. 37.40, Buchsteiner Handbuch der Drogenprüfung M. 28.84, Die Fabrikation der Parfümeriewaren von J. Mann M. 33.—, Nur gegen Nachnahme. L. Schwarz & Comp., Verlag Berlin M. 14, Annenstr. 24.

Erste und
zweite Auflage

Nr. 1

Seite du
mir geholfen

Die Ver

Un
folgen
Organ
lands
heriger
Man
schwer
politik
lungen
zudem
und fo
beiten
bahne
scheide

„Die Be
lapidaren
Organ
Weimar vol
daß die Kan
eben die Emp
ebenso der V
geleitete W
fassung wä
lution in d
hielte und f
Organisation

Die Ver
ihre Wert vol
volution der
genete mit
ismus und
Revolution
Revolution
promisses zw
Parteien un
von dem B
geschrieben
der Revoluti
in der etwa
Wond Georg
nisse gemach
der Gefellsch
tion mußte
gitterten die
Revolution,
mierten noch
gegen sie in d
tam. Mit i
der Klassenbe
Jetzt galt es
sie durch die
gelangen oed
november f
lamten Poli
tische Monar
gestern muß
lich von vorn
lich-demokrat
des Kapital
Gorantien g
Verfassung,
stande gebra

Unter de
einer bürge
Eigentums
tien gegen d
Verfassung
Charakter.
strukturen
rechte und d
Teil handel
waltung un
fich, daß die
fähen der for